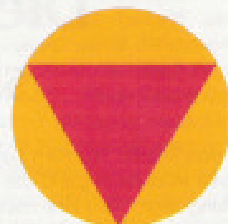
DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Mai 5/94

Gruß dem 1. Mai 1994!

Wenn vor diesem 1. Mai die IG Medien einen Tarifabschluß erreicht, der eine Lohn- und Gehaltserhöhung bringt, die die Inflationsrate mindestens ausgleicht, dann wäre ein Zeichen gesetzt, ein Zeichen für die Gewerkschaften, daß es möglich ist, in der Krise zu gewinnen. Ebensowenig wie die Krise vor 1933 mit Lohn-, Gehalts- und Sozialabbau überwunden wurde, wird es auch gegenwärtig und zukünftig nicht gelingen. Die sogenannte Freie Marktwirtschaft wird immer wieder Krisen produzieren, und „neuer Aufschwung" wird auf einem immer höheren Arbeitslosensockel erfolgen. Dieser Sockel von 0,1% bedeutet, ein Arbeitsloser von 1000 kann als Langzeitarbeitsloser beim Sozialamt landen. Trotz aller Ankündigungen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, werden immer mehr Frührentner produziert. Vor 1933 mußten die Banken vom Staat gestützt werden. Heute machen die Banken Riesengewinne. Es heißt, sie würden am Export verdienen. Was exportieren denn die Banken? Doch sicher Geld! Sie gewinnen auch kräftig an den Schulden des Bundes, der Länder und Kommunen. Der Bund zahlt 68 Milliarden alleine im Jahre 1994. Bei diesen Fakten steht die Frage, ob nicht die bisherigen 2% Abschlüsse und Arbeitszeitabsenkungen ohne Lohnausgleich oder sogar mit Verzicht auf das 14. oder sogar das 13. Monatseinkommen erkauft werden. Dies erhöht nur den Profit und engt den Binnenmarkt ein. Am 1. Mai sollten die Erfahrungen der Internationalen Bewegung der Lohn- und Gehaltsabhängigen deutlich gesagt werden. Es gibt keinen Grund, die eigenen Interessen nicht auf die Tagesordnung zu setzen. In diesem Sinne grüßen wir den 1. Mai 1994.

Willy Hundertmark



Das 1984 eingeweihte Ehrenmal auf dem Spielplatz an der Nordstraße (heute Bürgermeister-Deichmann-Str. 34)

ERINNERN – MAHNEN – NICHT VERGESSEN!

Lesung vor dem Gedenkstein an der Bürgermeister-Deichmann-Str.

Am 10. Mai 1933 wurden in Bremen wie überall in Deutschland Bücher verbrannt. Die Werke marxistischer, jüdischer, pazifistischer Literatur und Wissenschaft fielen als „undeutsche Bücher" den Flammen zum Opfer. Als „schädlich und unerwünscht" galten 12400 Titel und das Werk von 149 Autorinnen. In Bremen erfolgte die Bücherverbrennung auf dem Spielplatz an der Nordstraße, einst Sammelpunkt großer Arbeiterdemonstrationen gegen Hunger und Krieg. „Was in Weimar beschlossen wurde, ist nur eine nachträgliche und sehr schüchterne Legalisierung des neuen Zustandes, ein Grundgesetz, bei dessen feierlicher Erwähnung wir uns nur erinnern, daß seine wichtigsten Sätze nie und nirgends in Praxis umgesetzt worden sind ... Wenn sich heute immer mehr Kreise der Rechten mit ihr abfinden, so ist das nicht ein Beweis ihrer wachsenden Werbekraft, sondern nur, daß sie nicht mehr stört", schrieb Carl von Ossietzky 1927. 45 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland wollen wir darauf aufmerksam machen, wie notwendig es ist, die demokratischen Rechte entschlossenen zu verteidigen und auszubauen. Diese Republik soll nicht noch einmal am Mangel an Demokraten sterben! Die VVN-Bund der Antifaschisten lädt daher Bremer und Bremerinnen zu einer Lesung am Montag, den 9. Mai 1994, um 17.00 Uhr **vor dem Gedenkstein an der Bürgermeister-Deichmann-Straße** ein.

(Bei schlechtem Wetter in unserem Büro dort in der Nummer 26).

Solingen mahnt

Am 30. Mai veranstaltet die VVN-BdA im Rahmen der Aktion „Menschen gegen Rechts" um 17.00 Uhr auf dem Marktplatz eine Kundgebung zum Jahrestag des Brandanschlags von Solingen, bei dem Pfingsten 1993 fünf türkische Frauen in den Flammen umkamen und 16 Frauen und Kinder zum Teil schwerste Verbrennungen erlitten. Mit der Kundgebung werden wir die Bremer Öffentlichkeit ausführlich informieren. Dieser Tage beginnt der Prozeß gegen die vier Attentäter. Einer von ihnen wiederholte sein Geständnis und belastete seine Mitangeklagten schwer. Über den Prozeß werden wir unsere Leser auf dem laufenden halten. Bitte helft mit, daß der Gedenktag zu einem vollen Erfolg wird.

Der Landesvorstand

Die Widersprüche sind zu lösen!

In den letzten Wochen haben die Ereignisse in diesem Land die Widersprüche offengelegt. Dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck folgten landesweit Protestkundgebungen mit klaren Aussagen. In den Reden wurden wie in Lübeck die Brandstifter beim Namen genannt: Faschisten. Wie in Lübeck haben aber auch prominente CDU-FDP-Politiker versucht, mit dem „rechts-gleich-links" Slogan die „Front der Demokraten" auseinanderzubrechen. Gleichzeitig wurde das deutsche Volk mit dem Film „Schindlers Liste" an die Brand-und-Blut-Linie des NS-Regimes erinnert. Diese Erinnerung ist den rechten Journalisten und Theoretikern stets ein Dorn im Auge. So versuchte ein neofaschistischer Journalist bei der Aussprache in der alten Oper in Frankfurt/M. von den Verbrechen der Nazis abzulenken. Er scheiterte. Auf seinen Einwurf, Stalin habe mehr Menschen ermordet, bekam er eine für ihn unerwartete Antwort. Stalin habe Menschen seines Landes umgebracht, Hitler aber 18 Millionen Frauen, Kinder, Männer in ganz Europa ermordet. Und ihm wurde gesagt, Stalin habe mit seinen Völkern Europa vom Faschismus befreit.

Im „Talk im Turm" hatte Herr Böhme den berühmt berüchtigten Historiker Prof. Nolte eingeladen. Auch er flehte die Gesprächspartner an, sie möchten ihm doch glauben. Ihm wurde eindeutig gesagt, seine Thesen seien indiskutabel. Bei all diesen Verteidigungen faschistischer Positionen spielt sicher das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) eine Rolle. Die hohen Richter befanden nämlich, das Leugnen des Holocaust sei noch nicht strafbar.

Offensichtlich hatte Franz Schönhuber das BGH-Urteil im Hinterkopf, als er die Mitglieder des deutschen Judenrates, Herrn Bubis und Herrn Friedmann, als Volksverhetzer beschimpfte. Herr Bubis verzichtete auf eine Anzeige und vertraute auf die Staatsanwaltschaft in Landshut. Ehrlich gesagt, der Verfasser dieses Artikels hatte angenommen, die Staatsanwaltschaft würde gegen Schönhuber tätig werden und die Richter im Vertrauen auf den BGH ein Urteil fällen. Aber für die dritte Staatsgewalt, die Justiz, ist offensichtlich die Zeit vorbei, in der Juden noch als Beweis für den demokratischen Staat vorgezeigt werden können. Die Landshuter Ankläger befanden gleich, weil er keinen Strafantrag stellte, sei nur Ignaz Bubis beleidigt und nicht alle Juden. Ergo muß der BGH nicht tätig werden. Wie hieß es doch im Weserkurier, die „Front der Demokraten" sei brüchig, weil die Kundgebung in Lübeck beinahe geplatzt wäre, als ein CDU-Abgeordneter lautstark dagegen protestierte, daß Faschisten Faschisten genannt wurden (siehe: „die drei Affen sind immer dabei). Nun ist wieder die Debatte entbrannt, ob die Neonaziorganisationen verboten werden können. In unserem BAF ist wiederholt nachgewiesen worden, daß Nachfolgeorganisationen der Nazis nach Recht und Gesetz einfach aufgelöst, das Vermögen eingezogen werden kann. Und die Helfer in Amt und Würden? Schließlich will der Verfasser an den Ostermärschen 1994 nicht vorbeigehen. Immerhin wurde in über 100 Städten demonstriert. Es sollen hier keine Erbsen gezählt werden, immerhin war das Wetter unter aller Sau, wie man so sagt. Aber in Bremen sollten wir uns einen Kopf machen und initiativ werden. Wir sollten beginnen, mehr für den Frieden und die Demokratie zu unternehmen, mehr agieren als reagieren, meint

Willy

Die drei Affen sind immer dabei

Leserbrief vom 29.3.94

Es muß gefragt werden, wem nützt es, wenn die Front der Demokraten brüchig wird? Die reale Geschichte dokumentiert doch, mit der Gleichstellung von links und rechts ist die ganze Oberschicht des NS-Regimes in der BRD ab 1953 konserviert worden. Als „Fachleute" wurden hohe Nazis in Wirtschaft und Politik eingesetzt und der Freiwillige der Leibstandarte, Schönhuber, als Leiter des Nachrichtendienstes im Bayrischen Rundfunk hochgepäppelt. Noch als er bekannte: „Ich war dabei", wurde er erst auf massiven Druck der Öffentlichkeit entlassen. Das Programm seiner Partei, der Reps, ist wie das der DVU das NS-Programm. Es ist das Brand-und-Blut-programm gegen den „jüdischen Bolschewismus", wie die zentrale Losung der Nazi-Bewegung schon vor 1933 war. So war es selbstverständlich, daß am 28.2.33 gegen die KPD und am 1.April 33 gegen die Juden der Krieg eröffnet wurde. Nach 1989 brannten in der ehemaligen DDR die Bücher, dann die Häuser und Menschen, und nun die Synagoge. Deutsche seid wachsam, der Feind steht rechts, mahnte der christliche Politiker Mathias Erzberger, ehe er 1921 von den Nationalisten ermordet wurde.

Willy Hundertmark

Karl (Kalli) Weidner

Kalli ist am 3. März 1994 eingeschlafen. Wir verlieren mit ihm einen wertvollen Kameraden. Sicher, er konnte sich in den letzten Jahren nicht mehr so einsetzen, wie er es gerne getan hätte. Am 10. Januar 1911 in Bremen geboren, wuchs er in dieser Stadt auf, in der ein reges demokratisches Leben war. Damals war auch in Bremen alles anders als anderswo. Er erkannte sehr früh, wenn nicht alles so ist, wie es sein könnte, muß man selbst etwas tun. Als Lehrling wurde er Gewerkschafter. Später trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei. Seine Teilnahme am Kampf gegen Krieg und Faschismus war den Herren des Nazi-Regimes nicht unbekannt geblieben. Als KZ'ler war er für die Wehrmacht nicht „wehrwürdig". Dafür bekam er auch einen blauen Schein. Die infame Idee der Nazis, ihre Gegner zur „Bewährung" in den Krieg zu jagen, wurde auch an Kalli geprobt. Er wurde zum Strafbataillon 999 einberufen. Nach der Sonderausbildung auf dem Heuberg folgten Einsätze in Belgien, Frankreich, Italien. Nach Stalingrad wurden die 999er am 21. März 1943 an die Adria eingeschifft. Der Gruppe von 30 Gegnern in der Einheit war klar, die Nazis gewinnen den Krieg nicht. Damit war die Aufgabe klar, die Überzeugungsarbeit muß verstärkt werden. Die Arbeit unseres Kameraden Kalli wird in dem Buch „Die mit dem blauen Schein" besonders gewürdigt. Wenn er auch nicht verwundet war, so hatte der Krieg trotzdem an seiner Gesundheit genagt.

Nach dem Ableben seiner Frau fand Kalli eine neue Lebensgefährtin. Über zwei Jahrzehnte hat Kalli einen guten Lebensabend verbringen können. Dafür sei seiner Lebensgefährtin herzlich gedankt.

Der Landesvorstand

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Unsere wiederholten Mitteilungen über die finanziellen Sorgen scheinen doch Wirkung zu zeigen. Die Spenden haben uns sicherlich für unsere Arbeit sehr geholfen. Vor uns aber steht ein schwerer Verlust. Unser Computer zeigt Anzeichen von Altersschwäche. Vielleicht aber rangiert ein Friedensfreund gerade seinen Computer aus, um sich zu modernisieren?

Schnelle Hilfe tut not!

Bonn möchte davon heute nichts mehr wissen

Nach dem 8. Mai 1945 war das Dritte Reich total besiegt und Deutschland bis auf den letzten Quadratmeter von den Siegermächten – USA, UdSSR, England und Frankreich – besetzt. Einmalig in der deutschen Geschichte. Die Grundstimmung bei der Bevölkerung, die den Krieg überlebt hatte, lautete: „Nie wieder Faschismus und Krieg". Und wie wurde in den zurückliegenden Jahrzehnten von den verantwortlichen Nachkriegspolitikern dieser Stimmung Rechnung getragen?

Antifaschisten, die damals als Überlebende aus den KZ, der Emigration und den Widerstandsgruppen heimkehrten, waren bei Bevölkerung und Besatzungsmächten – in West und Ost – respektierte, geachtete und viel gefragte Persönlichkeiten. Sie setzten sich vor allem ein für den Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer, für ein Leben und Zusammenleben aller Menschen in Frieden. Dieser Stimmung trug auch Adenauer anfänglich Rechnung.

Offensichtlich auch, um Mitglieder für seine neu gegründete CDU zu gewinnen, erklärte er in einer Rede in Köln am 24.März 1946: „Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militärischen Geistes...widmen müssen. Die Verantwortlichen, dazu gehören insbesondere auch gewisse Wirtschaftsführer, müssen aus ihren Stellen entfernt werden. Ihr Vermögen muß ganz oder teilweise beschlagnahmt werden".

Bereits 1949, als auf Betreiben der drei westlichen Besatzungsmächte – also ohne die Sowjetunion – die Bundesrepublik geschaffen wurde, hatte er das alles vergessen. Als erster Kanzler dieser BRD sammelte er genau jene Kräfte als Berater um sich, die er noch 1946 „ausmerzen" wollte. Für ihn galt der Spruch: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb". Das bedeutete die Spaltung Deutschlands. Und davon wollen die „Enkel" Adenauers heute nichts mehr wissen. Es bleibt dennoch Wahrheit: Hätte es keine BRD gegeben, wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit keine DDR entstanden.

Das Wort „Ausmerzen" hatte Adenauer umgedeutet in Dulden, Mitwirkenlassen und Pflegen. So zählten zu seinem engsten Beraterkreis: Dr. Pferdmenges von der Deutschen Bank, die sich bei Hitlers Raubzügen an der Ausplünderung fremder Länder beteiligte, und der durch seine Kommentare zur Nazi-Judengesetzgebung berüchtigt gewordene Dr. Hans Globke. Der KZ-Baupläne-Lieferant Dr. H. Lübke wurde sogar von Adenauer zum Bundespräsidenten vorgeschlagen. Und der Mitarbeiter in Hitlers Außenministerium, der Altnazi Dr. Kiesinger, wurde Bundeskanzler der BRD.

Die Liste solcher Nazi-Blüten, die in der BRD zu hohen Ehren kamen, läßt sich noch weiterführen. So ging auch der Aufbau der Bundeswehr nur mit hohen Nazi-Wehrmachtoffizieren vor sich. Antifaschisten dagegen wurden immer mehr verdrängt. Gegen ihre Organisation – die VVN – ließ die Bundesregierung beim Bundesverwaltungsgericht Verbotsantrag stellen. Doch wegen des massiven Protestes im In- und Ausland wurde der Prozeß niedergeschlagen. Es blieb aber dabei, daß jene, die 1933 nicht feige wurden und die deshalb unter Hitler die KZ-Folter ertragen mußten, auch unter Adenauer gedemütigt, unterdrückt und bestraft wurden. Eine beschämende Meisterleistung Adenauers.

Diese Entwicklung zog sich durch die ganze BRD-Geschichte. Rechtsextreme, neofaschistische Kräfte wurden entweder geleugnet oder als Einzeltäter dargestellt. 1971 erklärte z.B. der damalige Bundesinnenminister H.D.Genscher (FDP): „...daß der Rechtsextremismus nur in ein paar kleinen Gruppen existiere". Der von Adenauer eingeleitete Rechtsdrall setzte sich schleichend, mal offen, mal versteckt bis heute fort. Das geschah nicht nur im Rahmen einer einzigen Partei, sondern – und das nicht ungewollt – unter Nutzung mehrerer Parteinamen.

Der Brand- und Mordanschlag auf die Synagoge in Lübeck, verbunden mit dem lässigen Umgang mit Angeklagten der rechten und neonazistischen Szene, beweist, wie richtig die „Bremer Nachrichten" vom 18. Februar 1994 mit der Schlagzeile „Über Deutschland rast ein rassistischer Flächenbrand" die Lage einschätzen. Was unter Adenauer seinen Anfang nahm, wird unter Kohl bestens vollendet. Während bis heute – 1994 – der antifaschistischen Organisation – VVN-Bund der Antifaschisten – von Seiten der Bonner Regierung kein einziger Pfennig zuging, erhielten die rechtsextremen Parteien, wie die DVU, 4,1 Millionen und die Republikaner 2,7 Millionen DM für das Jahr 1992. Das geht jedenfalls aus einem Bundesbericht hervor.

Böses wird belohnt und Gutes bestraft. Kein Wunder, wenn das die Menschen im In- und Ausland als Zeichen dafür sehen, wie ernst es Bonn mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit meint. Wenn diese Regierung auf die Vorwürfe Schönhubers, Chef der Republikaner, gegen den Vorsitzenden der Juden Bubis, nichts als Worte wie „Bonn steht auf der Seite der Juden" übrig hat, ist das beschämend. Wann wird es dieser Regierung, deren stärkste Fraktion in ihrem Namen das „C" für christlich und das „D" für demokratisch stehen hat, einfallen, ihren Namen auch ernst zu nehmen? Vom gegenwärtigen Bundespräsidenten R. v. Weizsäcker stammt folgender Hinweis: „...Politik dürfe gerade in der Demokratie nicht mißverstanden werden als Macht der Herrschenden...Jeder ist verantwortlich für das, was er tut und mitverantwortlich für das, was er geschehen läßt" (Saarbrücker Zeitung, 16.2.93).

Oder gilt jene Einschätzung, die ihr Bundesbeauftragter für Stasi-Unterlagen – Pastor Gauck – kürzlich im „Weser Report" gab? Dort war von ihm -Gauck- zu lesen: „Wenn zum ersten Mal in der Geschichte die Hinterlassenschaft eines Terrorregimes aufgearbeitet werden soll, dann muß man das organisieren". Bedeutet das, daß das Nazi-Regime kein Terrorsystem war, bzw. daß Adenauer statt die Nazihinterlassenschaft aufzuarbeiten, lieber sie als Berater übernommen hatte? So gesehen müßte man annehmen, daß sich Bonn nicht auf „Weimar" zubewegt, sondern weit ab in Richtung Obrigkeitsstaat. Also weg von Demokratie und hin zur Demokratur. Zeichen dafür sind erkennbar. Es wäre höchste Zeit, daß sich in dieser „C"-Partei Kräfte durchsetzten, die es wirklich ernst mit ihrem Parteinamen nehmen. Zweifel sind angebracht.

Alois Engel

Auf der Suche nach einem Stück Heimat

Ein Jubiläum besonderer Art beging das Mosaik Kulturhaus am 11.März. 120 Gäste unterschiedlicher Herkunftsländer nahmen an einem Stück interkultureller Begegnung teil. Vor 30 Jahren wurde es als Verein Türkischer Arbeitnehmer in Bremen gegründet, Anlaß, auf seine Ziele und die weiteren Pläne hinzuweisen. Mit eigenen Ausdrucksformen natürlich. Dazu gehörte eine Ausstellung des Künstlers Birol Demir, der die Entwicklung der Einwanderung als Zyklus zeigte und als Abschluß einen anatolischen Arbeiter als Hamlet darstellte. Can Tufan interpretierte mit einer textlich umgemuddelten Kleinen Nachtmusik ein neues Mozartgefühl, in Vertretung von Kultursenatorin Trüpel würdigte Barbara Loer die Kulturbotschafter-Rolle des Bremer Solidaritätschors, Bremens Ausländerbeauftragte Dr.Dagmar Lill wies auf die Notwendigkeit verstärkter Gleichstellung aller Einwohner hin. In einem halbstündigen Programm stellte der Chor seine Entwicklung vom Arbeiterchor (mit dem Einheitsfrontlied) zu einem hochwertigen Gegenstück zu den traditionellen Werten dieses Landes dar. „Nicht die Fremde ist es, die uns fertig macht, es ist die Sehnsucht". Warum Volkslieder, diese Frage wird mit einem Hinweis auf den Volksmusiker Ruhi Su beantwortet. „Die einzige Eigenschaft der Volkslieder ist, daß sie wie ein lebendiges Wesen dauernd sich verändern und neu geboren werden, deshalb klingen sie so bedeutungsvoll und warm in der Sprache". Höhepunkt war eindeutig eine Satire Osman Engins auf die Subkulturgeschichte der Einwanderung. Wir wollen sie hier exklusiv veröffentlichen.

Raimund

Protest unerwünscht?

„Der Landesverband Bremen der VVN-Bund der Antifaschisten protestiert gegen die geplante Abschiebung der aus den Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien geflohenen Roma ab dem 8. März vom Düsseldorfer Flughafen. Die Gefahr besteht, daß die von dort über Timiscara/Rumänien abgeschobenen Roma in ein potentielles Kriegsgebiet gelangen. Es reicht nicht, den Krieg und seine Folgen für einen Teil der Bevölkerung abzulehnen und nur für sie Unterstützung zu leisten. Kriegsflüchtlinge, insbesondere die Roma, sind einer erheblichen Lebensgefahr ausgesetzt, zumal die Kriegsbedrohung im Gebiet zwischen Makedonien, Kosovo, Serbien und Montenegro eher zunimmt. Die schleppnetzartige Sammlung und Deportation Zehntausender staatenloser Roma läßt zudem nicht nur bei den Betroffenen Erinnerungen an die brutalen Vertreibungen während des Zweiten Weltkriegs wiedererwachen. Neofaschisten und ihre Hintermänner müssen sich durch solch eine Nacht- und Nebelaktion in ihrer menschenfeindlichen Politik bestärkt fühlen. Der Landesverband fordert Senat und Bürgerschaft der Freien Hansestadt auf, über den Bundesrat einen Abschiebestopp aus humanitären Gründen zu erwirken." Vier Tage später erfolgte in Hamburg ein nächtlicher Brandanschlag auf das mobile Büro vor der Wohnung des Vorsitzenden der Roma und Cinti Union Rudko Kawczynski. In seinem Solidarisierungsschreiben wieß der Landesvorstand auf ein Aufklärungsdefizit bei der bundesdeutschen Justiz hin, die die Einzeltätertheorie nur ansatzweise durchbricht. „Mit Euch und anderen Betroffenen gemeinsam hoffen wir, im Laufe des Jahres eine Trendwende einleiten zu können, vor allem der Gefahr einer völligen Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen ein für allemal vorzubeugen".

Auch Helga Trüpel, Senatorin für Kultur und Ausländerintegration, wandte sich gegen solche Pläne und nannte es einen „unwürdigen Trick", die Abschiebungen „generalstabsmäßig" zu organisieren. Sie forderte darüber hinaus von der Bundesinnenministerkonferenz einen allgemeinen befristeten Abschiebestopp für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien. Für die meisten der 200.000 Menschen bedeute das eine Rückkehr in den Krieg, vor dem sie geflohen seien. Notfalls müsse der Senat einen eigenen Abschiebestopp nach 54 AuslGesetz verfügen. Kürzlich hatte Helga Trüpel einen Abschiebestopp nach Kroatien angeregt, bis die Rückkehrprogramme greifen. Über einen Abschiebestopp für Kroatische Kriegsdienstverweigerer gibt es keine so klare Aussage. Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schulz wies auf den Fall einer Kosovo-albanischen Familie hin, deren Asylverfahren letztes Jahr eingestellt wurde, da sie sich angeblich nicht um ihr Verfahren gekümmert habe. Dieses gedruckte Rundschreiben enthielt weder das Einreisedatum noch das Datum des Antrags auf Asyl, geschweige denn einen Zeitpunkt für eine Anhörung. Abschiebefälle häuften sich, ohne daß die Verfahren rechtskräftig abgeschlossen seien. Das Bremer Verwaltungsgericht habe auch Fälle noch nicht behandelt, wo schon in den Jahren 1987/88 gegen Ablehnung des Asylantrags geklagt wurde.

Raimund

Der IVVdN Mecklenburg-Vorpommern protestierte am 21. März gegen einen ungeheuerlichen Ausspruch von Ministerpräsident Dr. Seite – im Wortlaut:

Wir protestieren!

Durch die Schweriner Volkszeitung und andere Presseorgane unseres Landes haben wir erfahren, daß der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Seite (CDU), mit Flammenwerfern denjenigen nachspüren will, die er und andere als „rote Socken" bezeichnen. Dabei erscheint uns unerheblich zu sein, ob dies vor einer größeren oder kleineren Gruppe öffentlich oder im „Kämmerlein" geschehen ist. Wir protestieren! Wir haben uns daran erinnert, daß bei der Liquidation des Warschauer Ghettos von der SS Flammenwerfer eingesetzt wurden. Wir haben uns daran erinnert, daß es Nazis waren, die Menschenvernichtung, den Holocaust, planten und mit Flammen in Auschwitz und anderen Orts in die Tat umsetzten. Wir sind erschrocken und empört über die Flammenwerfergewaltbereitschaft des Ministerpräsidenten, der nicht nur der CDU angehört, sondern auch in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs das wichtige Amt eines Synodalen innehat. Wir teilen die Empörung von Christen in unserem Lande. Wir protestieren! Der Bundesgerichtshof hat für Recht erkannt, daß es keine Volksverhetzung ist, wenn ein Neo-Naziführer öffentlich die in Auschwitz verübten und mit Feuer vollendeten Verbrechen bestreitet. Wir protestieren gegen jede Art von Neo-Nazismus!

Erich Arndt

Medien der Schlüssel, Ausländer zu akzeptieren

Anfang März stellte das Westend eine 1992 von Kollegen beim WK erarbeitete Ausstellung erneut vor: Ausländerfeindlichkeit und Medien. Beeindruckendster Teil ein Schiff, gefüllt mit Autos und ein paar Menschen und viel freiem Platz. Unter der Parole „das Boot ist voll" hatte es begonnen, 75 Tote bilden den vorläufigen Höhepunkt. Die Standardhaltung spiegelt ein Zitat Friedrich Syrops wider: „Das Abstoßen dieser Arbeiten auf die Ausländer bedeutet ... eine in hygienischer Beziehung erwünschte Förderung der Volkskraft". Friedrich Syrop war 1918 Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und nach 1933 Staatssekretär im Arbeitsministerium! Die Formen des Herabsetzens, der Verächtlichmachung, des Verschweigens sind subtilere Formen des Hasses gegen Minderheiten. Einige Schlagzeilen: „6000 Kinder essen in dieser Woche türkisch", „Bauchtanz und Spinattaschen", „Jeder 4. Verdächtigte stammt aus einem fremden Land", Solche Schlagzeilen belegen plastisch, unter welch eingeengtem Blick Einwanderer und Flüchtlinge von Einheimischen wahrgenommen werden. Oladimeji Olaobaju vom Informationsdienst führte dau in einen Referat aus: „Jede einzelne Äußerung von Ausländerhaß ist ein Symbol für die Verletzung eines Existenzrechts". Slogans wie „Fremde brauchen Freunde" oder „Alle Menschen sind Ausländer" seien nicht genug. Es handele sich um ein charakteristisches soziales Problem, verschärft durch Freisprüche wegen „grundgesetzlich geschützter Meinungsäußerung". Bilder seien dabei sehr wichtig, drückten oft mehr aus als Texte. Warum werde denn nicht die Frage gestellt: „Würde ich gern ein Flüchtling sein"? Die Deutschen könnten „viel von den Ausländern lernen und umgekehrt". Die meisten dächten aber, Deutschland sei nur ein Durchgangslager, „weil die Leute sie sowieso nicht akzeptierten". Kein Wunder, wenn Zeitungsberichte „Deutschland im Ausland als Todesfalle" präsentierten, „die deutschen Medien entscheiden über die Flüchtlingsakzeptanz". Am Beispiel des landläufigen Afrikabildes wurde diskutiert, wie Veränderungen der Sichtweise aussehen können. Aktionstage an Schulen scheinen aber längst nicht mehr so selbstverständlich zu sein, wie Schülerinnen der Schaumburger Straße ausführten.

Raimund Gaebelein

Gedenkstätten nur für Verfolgte des Naziregimes

Am 10. April 1994 wurde im ehemaligen KZ Buchenwald eine eindrucksvolle Gedenkfeier zur Befreiung des KZ durchgeführt. Die neuen Machthaber stellten dabei das Model der Neugestaltung der Gedenkstätte vor. So soll u.a. eine Gedenkstätte für die „Opfer des Stalinismus" eingerichtet werden. Stalin „Opfer" sind die im ehemaligen KZ internierten Nazigrößen, die im Lager gestorben sind. Die Internierung wurde von der Antihitler-Koalition in ganz Deutschland vorgenommen. In Bremen waren die Männer im KZ Rießpott und die Frauen des Naziregimes im Keller der Hermann-Böse-Schule interniert bis sie nach dem Süden transportiert wurden. In der englischen Zone wurden die des Verbrechens schuldigen Nazis z.B. von April 45 bis 48 im ehemaligen Kriegsgefangenen- und zuletzt auch KZ-Häftlings-Auffanglager in Sandbostel im Teufelsmoor interniert. Übrigens, die VVN-BdA Bremen wird am 6. und 7. Juli Veranstaltungen zum Thema Pflege und Erhaltung der Gedenkstätten durchführen. Es gilt, dem Rechtstrend in Deutschland entgegenzuwirken.

Willy

VVN/VdA: Senat darf nicht antifaschistisches Gedenken tilgen

Pressemeldungen der letzten Tage mußten wir entnehmen, daß der Berliner Senat plant, seine aktuellen Haushaltsprobleme durch die Streichung der Mittel für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, die Gedenkstätte Plötzensee, das Haus der Wannseekonferenz und die Stiftung Topographie des Terrors zu beheben. Gleichzeitig konnten wir erfahren, daß die Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe weitere Ostberliner Straßen und Plätze umbenennen und dies auch gegen den Willen der betroffenen Bezirke umsetzen will. Während zum einen die finanziellen Streitigkeiten zwischen Bund und Berlin als Begründung für die Geschichtsverdrängung herhalten müssen, werden die Geldmittel also an anderer Stelle für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Wir protestieren gegen diese Politik und fragen Sie: Ist in der neuen Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland kein Platz für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Alternativen, für die Aufarbeitung der faschistischen Verbrechen? Soll die Erinnerung an die, die unter Einsatz ihres Lebens für eine menschengerechte Gesellschaftsordnung kämpften, ausgelöscht werden? ...

Solange im ehemaligen Westteil Berlins noch Straßen nach Hindenburg und nach „Helden" des Ersten Weltkrieges benannt sind, entfällt der Vorwand, Persönlichkeiten wie Rudolf Hilferding, Matthias Erzberger, Otto Braun und Bernhard Weiss gegen die anderen auszuspielen. Sie machen sich als Politiker erneut unglaubwürdig, wenn sie zwar einerseits Betroffenheit über den wachsenden Neofaschismus und sein steigendes Gewaltpotential äußern, andererseits aber diejenigen, die damals am entschiedensten gegen den Faschismus und seine Wegbereiter kämpften, zu ihren Gegnern erklären und denjenigen, die heute mit ihrer Aufklärungsarbeit eine Geschichtswiederholung zu verhindern suchen, ihre Wirkungsmöglichkeiten nehmen. Sie bestärken mit ihren Maßnahmen, mit welcher Begründung sie auch immer durchgeführt werden, die Neonazis!

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten fordert sie deshalb auf: Verzichten Sie auf die Straßenumbenennungen!

Opfern Sie die Gedenkstätten nicht Ihrer Rotstiftpolitik!

Vier Jahre BRD

Unser Kamerad Walter Kübelbäck aus Neubrandenburg konnte aus familiären Gründen leider nicht an unserer LMK teilnehmen, hat uns aber einige Gedanken mitgeteilt.

„Die Wirtschaft stagniert, das bezeugen die 4 Mill. Arbeitslosen.. Es ist auch unwahr, wenn ein „Kohl" behauptet, „was wollen denn die Rentner? In der DDR bekamen sie 400,– DM, jetzt bekommen sie 1000,– DM. Dieser Stimmenfang zieht nicht, denn es ist die Halbwahrheit. Früher waren die Lebenserhaltungskosten wesentlich billiger... Die Kriegsgefahr eskaliert immer weiter und verschlingt horrende Summen, z.B. Somalia 500 Millionen... Was kam dabei heraus? ... auch in Jugoslawien ist es deutlich... Warum eigentlich Nato verantwortlich in Europa? ... Wäre nicht besser KSZE! Es stünde der UNO auch besser zu Gesicht!! Die Wahl Schlammschlacht zw. CDU + SPD hat begonnen und zieht Kreise! Stasi + SED Akten müssen jetzt herhalten ... Wer wollte denn die DDR anerkennen? Wo aber bleibt das „Fairneßabkommen"? Wo ist die Moral? Sozialpolitik ist im Eimer s. Pflegeversicherung und wer bezahlt alles? Diese Haltlosigkeit, diese Unsicherheit und Ungerechtigkeit ist die Hauptursache für den Rechtsruck! ... Wenn Rechtsterror, dann sofort auch Warnung nach Links! Bisher aber nur Rechtsradikalismus erwiesen! ...Bad Kleinen, Fehlschlag mit verheerenden Folgen für Regierung. Von Kultur möchte ich nicht erst reden – sehr teuer geworden und zu blöde der Inhalt...

Gedenkstätten des Antifa. sollen umfunktioniert werden... Warum nur bei uns solche Tafeln! Was ist mit Dachau, Neuengamme ... Was ist mit Trumanismus oder Churchillismus, auch dort 1000de Tote nach 1945! Aber keine Gedenktafeln!" Wir möchten unsere Gedenkstätten auf alle Fälle erhalten und in die neuen Denkmallisten aufnehmen lassen. Alles Gute, Gesundheit und gute Erfolge". Kurz nach der Niedersachsenwahl folgte die Anmerkung: "Gratulation zum kl. Wahlsieg im Nachbarland Niedersachsen. So brauchen sie es, nur noch eklatanter, siehe auch Brandenburg. So viel Kaltschnäuzigkeit, bodenlose Frechheit und Leuteverscheißerei kann es außer bei der CDU/CSU nur noch ganz Rechts geben".

Walter Kübelbäck

Lebensqualität?

Von WALLY LUBOSCH aus Jena erreichten uns folgende Zeilen: „Zur Zeit sind die Brutalitäten beinahe ins uferlose gestiegen, d.h. von der Anzahl und vom Grad der Brutalität. Solche Dinge sind neu für uns und für uns ältere Menschen kaum zu ertragen. Nun wird uns das Jahr 1994 beweisen, wo unsere Menschen stehen. Voller Spannung werden die Wahlen bzw. Wahlergebnisse erwartet. Nur ist es anzuzweifeln, ob das Wahlergebnis sich auf eine Verbesserung der Lebensqualität für die Bürger auswirkt... Warum wird kulturpolitische Arbeit so sehr vernachlässigt? Wir wissen doch, daß die Kultur ein sehr wertvoller und notwendiger Erziehungsfaktor ist und dem ‚Mensch sein' wertvolle Impulse vermittelt.

Bei uns wird ein Theater nach dem anderen geschlossen, mit Argumenten, die keiner mehr glaubt. Konzerte etc. sind eine Seltenheit geworden und wenn, dann sind die Preise nicht zu bezahlen. Die Abgaben und finanziellen Belastungen sind kaum noch zu bestreiten, so daß kulturelle Leistungen, die ja Bedürfnisse befriedigen sollen, zum unerschwinglichen Luxus degradiert werden. Aber was soll es, Feststellungen zu treffen, wir müssen versuchen, und nach Möglichkeit recht schnell, diesen Methoden Einhalt zu gebieten...

Es grüßen Dich und Deine Kameraden die Jenaer VDN"

Geburtstage im Mai

Anni Meier	2. Mai, 78 J.
Meta-Mieke Werner	5. Mai, 90 J.
Margret Piosek	15. Mai, 68 J.
Heinz Pophusen	16. Mai, 84 J.
Alois Engel	17. Mai, 75 J.
Otto-Klaus Hübotter	17. Mai, 64 J.
Herbert Breidbach	24. Mai, 73 J.
Heinz Brüning	25. Mai, 63 J.
Anna Tschirne	28. Mai, 83 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Auch REP's bleiben draußen (11.3.94)

Die in der neofaschistischen Presse häufige Klage darüber, daß „anständige Deutsche wie sie" keinen Veranstaltungsraum bekommen könnten, fand auch in Bremen Bestätigung. Der schwache Bremer Landesverband der REP's versuchte – wie es hieß unter falschem Namen – Räumlichkeiten im „Scandic Crown Hotel" zu mieten. Die vorbereitete Blockade brauchte nicht stattzufinden, denn das noble schwedische Haus kündigte den Mietvertrag. Aus lauterer antifaschistischer Haltung ist dies wohl nicht entstanden, denn es darf angenommen werden, daß die finanzkräftigen REP's gut bezahlt hätten. Das Management wollte sicherlich auf üble Reklame verzichten, die es immer noch bedeutet, Geschäfte mit diesem Gesocks zu machen. Es ist eine unserer Aufgaben, dafür zu sorgen, daß das öffentliche Klima für Neofaschisten wenigstens in dieser Hinsicht ungünstig bleibt.

Thomas

Sind Nato-Bomben UN-Bomben?

Am 10. April warfen Nato-Bomber 3 Fünfzentnerbomben auf eine Stellung der bosnischen Serben. Angeblich in Auftrage der UN. Die Kommentare der deutschen Presse geben wirklich nicht viel Hoffnung für eine friedliche Lösung der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, Konflikte, die erst durch die Politik des ehemaligen Außenministers H. D. Genscher ausgelöst wurden. Noch eins: Immer wenn UNO gesagt wird, hat Clinton erst Ja gesagt..

Altbürgermeister Hans Koschnick geht nach Mostar in Bosnien. Zusatz: Wenn Hans Schwierigkeiten bekommen sollte, dann wird bundesdeutscher Grenzschutz nachkommen. Letzten Endes ist ja der als Demokrat weltweit bekannt und der muß dann auch deutschen Schutz erhalten. Wir können nur hoffen, daß Hans die Probleme alleine löst.

Willy

Aufruf von Mitgliedern und Freunden des Verbandes DRAFD e.V. zu den Europawahlen

Überlebende des deutschen antifaschistischen Widerstandes, die an der Seite der nationalen Befreiungsbewegungen in den von Hitlerarmeen okkupierten Ländern und in den Streitkräften der Antihitlerkoalition kämpften, rufen anläßlich der Europawahlen auf: Laßt es nicht zu, daß aus unserem Land, das soviel Leid während des zweiten Weltkrieges verursacht hat, ein Neonazi, ein Rechtsextremist in das europäische Parlament einziehen kann. Das ist die deutsche Bevölkerung den 55 Millionen Menschen schuldig, die im zweiten Weltkrieg getötet wurden. Muß es nicht schon als Schande empfunden werden, daß neonazistische Parteien wie REP, NPD und DVU zu den Europa-Wahlen zugelassen wurden? Keiner ihrer Kandidaten darf in das Parlament kommen. Versperrt ihnen den Weg! Sorgt deshalb für eine hohe Beteiligung zu den Europa-Wahlen!

Wir sehen nichts, was uns mit ihnen verbinden könnte

Am 24.2. erhielt die IVVdN Mecklenburg-Vorpommern eine Antwort auf ihre Bitte, Neofaschisten nicht zur Wahl zuzulassen (März-BAF, S.4). Darin äußert das Innenministerium, „für ihre...Sorge...habe ich großes Verständnis". Es gehe darum, „zu verhindern, daß Links- oder Rechtsextremisten die Parlamente...unterwandern..."

Im Namen des IVVdN-Landesverbandes schrieb unser Kamerad Erich Arndt: „Als ehemalige Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgte des Naziregimes und Hinterbliebene sehen wir uns bedroht von Rechtsextremisten und Rechtsradikalen. Wir sehen nichts, was uns mit ihnen verbinden könnte.

Was die Linksextremisten und Linksradikalen angeht, so bejahen wir ihr grundsätzliches Nein zu jeder Art von Rechtsextremisten und Rechtsradikalen...und zu jeder Art von Brutalität gegen Alte, Behinderte, Andersdenkende und Anderslebende. Anders als Linksextremisten und einige Gruppen von Linksradikalen setzen wir bei der politischen Auseinandersetzung jedoch nicht auf Gewalt und Terror. ...Wir meinen aber auch, daß außerstaatlichen Kräften wie z.B. den Linksradikalen zugestanden werden muß, sich verhältnismäßig gegen sie bedrohende Gewalttäter zur Wehr zu setzen.... wir können nicht verstehen, wenn staatliche Macht den Opfern rechter Gewalttäter in gleicher oder gar in härterer Weise begegnet wie den Tätern.

Wir vermögen nicht der Ansicht des Verfassungsschutzes zuzustimmen, daß der Faschismus eine gesonderte und abgeschlossene historische Epoche' ist. Die Zeichen der Zeit besagen u.E. das Gegenteil".

Erläuternd schrieb er uns dazu: „Hier in Bützow hatten unlängst DVU-Leute und andere Faschisten eine erst im vorigen Jahr mit neuer Isolierung versehene Heiztrasse mit Losungen und Zeichen beschmiert und auch demoliert. Wir haben bei der Polizei Strafanzeige gegen Unbekannt gemacht. In den letzten Tagen wurde das Geschmiere entfernt..."

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914 · Fax: 0421/382918

montags – donnerstags 10.30 – 17.30 Uhr
freitags 10.30 – 12.30 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 1031913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (0421) 611262

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.30 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 19 – 21.00 Uhr der Landesvorstand

jeden 2. oder 3. Monat
im Monat von 16.00 – 18.00 Uhr:
Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 15. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)